

Eingang  
11.07.2004 we

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 15 / 4769

Die Chefin  
der Staatskanzlei  
des Landes  
Schleswig-Holstein

Herrn Rolf Fischer, MdL  
Vorsitzender des  
Europaausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

im Hause

Kiel, den            Juli 2004

**Bericht „Baltikumsreise der Ministerpräsidentin“**

**Anlagen: - 5 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

als Anlage übersende ich Ihnen zur Unterrichtung den Bericht über die Delegationsreise der Ministerpräsidentin vom 2. bis 5. Juni 2004 nach Tallinn, Riga und Vilnius. Der Schleswig-Holsteinische Landtag war durch Herrn Abgeordneten Arno Jahner vertreten.

Dem politischen Bericht sind als Anlagen neben einem Sonderpressespiegel zur Baltikumsreise ebenfalls beigefügt:

- das **Gesamtprogramm der Delegationsreise**

- die **Standortpräsentation „Medical Technology in Schleswig-Holstein“**, die in Tallinn, Riga und Vilnius der Einführung in die Unternehmerbegegnungen diente, sowie
- die **„Maritime Safety Proposals BALTIC 2004 - Kieler Vorschläge“**, die in den politischen Gesprächen im Mittelpunkt standen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Ulrike Wolf-Gebhardt

**Baltikumreise der Ministerpräsidentin  
vom 2. bis 5. Juni 2004  
nach Tallinn, Riga und Vilnius**

Vom 2. bis 5. Juni stattete Ministerpräsidentin Heide Simonis in Begleitung einer größeren Delegation aus der Gesundheitswirtschaft Schleswig-Holsteins Besuche in Estland, Lettland und Litauen ab. Anlass der Reise war, die in den letzten Jahren schon gut entwickelten Kontakte Schleswig-Holsteins in die drei baltischen Staaten jetzt kurz nach dem Beitritt zur Europäischen Union zu vertiefen und auf wichtigen gemeinsamen Handlungsfeldern zu verbreitern. Im Vordergrund stand bei dieser Reise die Anbahnung von Kontakten und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesundheitswirtschaft.

Der Delegation der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft unter der Leitung von Dr. Jens Haass (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr) gehörten auch Vertreter der IHK-Vereinigung Schleswig-Holstein, des DGB Nord und der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) an. Im Rahmen der politischen Delegation nahmen auch Staatsrat Wersich von der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg sowie MdL Arno Jahner als Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtages teil.

Die WSH hatte es in enger Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium übernommen, auf den drei Stationen der Reise den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein mit dem Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft zu präsentieren und inhaltlich in die drei Veranstaltungen einzuführen. Zusammen mit der Deutsch-Baltischen Außenhandelskammer, die in den drei baltischen Staaten die dortige Gesundheitswirtschaft für die Begegnungen mit den schleswig-holsteinischen Wirtschaftvertretern beworben hatte, und den Schleswig-Holstein Büros in Tallinn, Riga sowie Vilnius hat die WSH auch die Fachprogramme, wie Präsentation, Einzelgespräche und Besichtigungen vor Ort arrangiert.

Ein besonderes politisches Anliegen der Ministerpräsidentin war es, Impulse zur Verbesserung der Schiffssicherheit auf der Ostsee zu geben. Zu diesem Zweck warb Ministerpräsidentin Simonis in ihren Gesprächen mit allen drei baltischen Regierungschefs für die 14 „Kieler Vorschläge“, die auf der von der Landesregierung am 3./4. Mai

2004 ausgerichteten „Maritime Safety Conference Baltic 2004“ erarbeitet wurden. Diese Vorschläge reichen von der Ausweisung einer Tanker-Transitrouten „Ostsee“ über die Einführung einer Lotsenpflicht in schwierigen Fahrwassern, die Vorhaltung von Not-schleppkapazitäten und Notliegeplätzen in allen Ostseeanrainerstaaten bis zu besserer Ausbildung der Mannschaften. (siehe Anlage)

Darüber hinaus warb Ministerpräsidentin Simonis in ihren Gesprächen mit den drei baltischen Regierungschefs für eine koordinierte europäische Meerespolitik der Europäischen Union, um der maritimen Wirtschaft und Forschung stärkeren Rückenwind zu verleihen.

## **I. Tallinn**

Die nach ihrem letzten Besuch in Tallinn im September 2003 bereits persönlich geknüpften Kontakte zur amtierenden estnischen Regierung konnte die Ministerpräsidentin am 2. Juni bei ihrem nunmehr fünften Besuch in Estland erfolgreich vertiefen.

Die Gespräche mit Ministerpräsident Juhan Parts und dem Vizeminister für Gesundheit im Sozialministerium, Külvar Mand, konzentrierten sich auf die Themen Gesundheitspolitik, Schiffssicherheit, Umweltschutz, Zukunft Meer, Agrarpolitik der EU und die bisherige Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Estland.

Ministerpräsident Parts betonte die bereits gut entwickelte Zusammenarbeit Estlands mit Schleswig-Holstein auf den Feldern Justiz und Polizei, der Drogenbekämpfung und sozialen Maßnahmen.

Deutlich hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, wesentlich stärker im Bereich der maritimen Sicherheit ostseeweit zusammenzuarbeiten. Beide Seiten stimmten darin überein, das Thema Schiffssicherheit in den Ende Juni in Estland stattfindenden Ostseegipfel einzubringen. In engem inhaltlichen Zusammenhang dazu wurde von estnischer Seite die schleswig-holsteinische Initiative „Zukunft Meer“ als eine für alle Ostseeanrainer exzellente Idee gewürdigt. Ähnlich wie Schleswig-Holstein ist Estland zur Hälfte von Küsten umgeben und Meereswirtschaft in enger Verbindung mit Umweltschutz wird auch in Estland als ein europäisches Zukunftsthema gesehen. Die Anregung Schleswig-Holsteins, von der Kommission ein Grünbuch zum Thema „Europäische Meerespolitik“ erarbeiten zu lassen, findet deshalb bei der estnischen Regierung volle Unterstützung.

Zwischen Estland und Finnland besteht bereits jetzt eine Übereinkunft zu gemeinsamen Umweltinspektionen und bereits jetzt stehen schon 16% der estnischen Land- und Seegebiete unter Naturschutz, die Estland bei der bevorstehenden rechtlichen Umsetzung der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (Schutzgebietsnetz Natura 2000) direkt wird einbringen können.

Mit Blick auf notwendige Reformen in der EU-Agrarpolitik stimmen beide Seiten darin überein, dass Garantien für fairen Wettbewerb im Agrarsektor wichtig sind. Im Vordergrund der Agrarpolitik sollte aber eher die Entwicklung der ländlichen Räume stehen und nicht die direkte Produktionssubvention.

Die Verbindung des Besuchs der Ministerpräsidentin in Tallinn mit einer in ihrer Begleitung stattfindenden Unternehmerbegegnung der estnischen und schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft passte sehr gut in die derzeitige Situation des estnischen Gesundheitswesens, das stark von Umbruch und Erneuerung geprägt ist.

Der Vizesozialminister, Külvar Mand, schilderte im Gespräch mit Ministerpräsidentin Simonis, dass Estland im Gesundheitswesen die freie Marktwirtschaft durchgesetzt und damit eine weitestgehende private medizinische Versorgung auf den Weg gebracht hat. Allerdings sind die notwendigen Investitionen in medizinische Anlagen, Einrichtungen und Qualifizierung des Personals aber bei weitem noch nicht erreicht. Hier hat Estland noch große Qualitätsprobleme. Derzeit werden die Möglichkeiten geprüft, Teile der notwendigen Investitionen über den freien Markt zu finanzieren, um die Belastungen für die Patienten nicht weiter zu erhöhen.

Im engen Zusammenhang damit steht ein gravierendes Problem im estnischen Gesundheitswesen und zwar die großen Bettenüberkapazitäten, die sehr viel Kapital binden, wobei der Staat direkt nur noch zwei Krankenhäuser führt. Eins davon ist das Universitätsklinikum Tartu. Vor dem Hintergrund besteht an der Einrichtung einer „Patientenbrücke“, nach dem erfolgreichen Modell Schleswig-Holsteins mit Norwegen, von estnischer Seite kein Interesse.

Ursprünglich hatte die estnische Regierung ein Krankenversicherungssystem mit 15 regionalen Krankenkassen eingeführt, was aber bei Region überschreitenden Behandlungen zu starker Inflexibilität führte. Inzwischen gibt es nur noch eine Krankenkasse mit vier Regionalabteilungen. Külvar Mand bekundete in diesem Zusammenhang das estnische Interesse an dem schleswig-holsteinischen Modell eines elektronischen Patientenausweises und würde eine EU weite Einführung unterstützen.

Insgesamt zeigte sich in den Gesprächen, dass das Angebot der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft und die Bedarfe in Estland synchron sind. Gerade in den Bereichen Krankenhausmanagement, Medizintechnik und Biotechnologie kann Schleswig-Holstein viele Kompetenzen in gemeinsame Projekte einbringen.

## II. Riga

Ihr letzter Besuch in Lettland führte die Ministerpräsidentin im September 2001 zum 800 jährigen Stadtjubiläum nach Riga. Bei ihrem aktuellen Besuch am 3. Juni in Riga hatte die Ministerpräsidentin Gelegenheit, aus der seit drei Monaten amtierenden neuen lettischen Regierung Ministerpräsident Indulis Emsis, den stv. Ministerpräsident und Verkehrsminister Ainars Slesers und den Staatssekretär des Gesundheitsministeriums, Uldis Likops, zu politischen Gesprächen zu treffen. Bei den angesprochenen Themen Schiffssicherheit, Zukunft Meer, Umwelt, Energie, Tourismusentwicklung und Gesundheit zeigte sich ein hohes Maß an Übereinstimmung in der politischen Schwerpunktsetzung.

Ministerpräsident Emsis betonte die Bedeutung der guten Zusammenarbeit Lettlands mit Schleswig-Holstein über die die Anrainer verbindende Ostsee hinweg. Mit Blick auf die schleswig-holsteinische Initiative zu mehr Schiffssicherheit auf der Ostsee und dem Zukunftsthema Meer betonten die lettischen Gesprächspartner großes Interesse, diese zentralen Politikfeldern für die Ostseeanrainer in Brüssel zum gemeinsamen Thema zu machen, wobei die lettische Regierung die Initiative zu einem Grünbuch Meer ausdrücklich unterstützt.

Die lettischen Regierungsvertreter betonten insbesondere die Notwendigkeit, präzise Pläne und Entscheidungen herbeizuführen, die von allen Ostseestaaten getragen werden müssen. Ohne Einbindung Russlands komme vor allem die Verbesserung der maritimen Sicherheit für die Ostsee nicht voran, hier erwartet Lettland ein stärkeres Engagement der Europäischen Union. So diskutiert Lettland z.B. mit Estland und Finnland das Problem der Preisnachlässe von Tarifen durch russische Häfen, welches aus ihrer Sicht vor einem russischen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) geklärt sein muss.

Auch Lettland sieht sich in seiner weiteren Entwicklung verstärkt abhängig von einer umweltschonenden Nutzung von Wasser und Meer, von Flüssen und Seen und setzt dabei auf eine moderne Meereswirtschaft z.B. bei Schiffsnachrüstungen und -modernisierungen. Emsis, noch unter dem Eindruck eines kürzlich stattgefundenen

Treffens mit internationalen Tourismusexperten, ist es ein besonderes Anliegen, die Tourismusbranche Lettlands attraktiv auszubauen und auch den Tourismus auf dem Land anzuschieben. Die Ministerpräsidentin sagte zu, den Kontakt zur Fachhochschule Westküste, Studiengang „Internationales Tourismusmanagement“, herzustellen sowie Möglichkeiten für einen Auszubildenden- und Praktikantenaustausch in der Tourismusbranche prüfen zu lassen.

Mit Blick auf die stärkere Nutzung von alternativen und erneuerbaren Energien wünscht die lettische Regierung die in Aussicht genommene neue deutsch/russische Gaspipeline nicht durch die Ostsee, sondern durch Lettland zu verlegen, um das darin zu transportierende Erdgas mit Nutzen zu können.

Ministerpräsidentin Simonis unterstreicht in diesem Zusammenhang insbesondere die Kompetenzen Schleswig-Holsteins auf dem Gebiet der Windenergie, einer der wichtigsten natürlichen Energiequellen, aber auch auf den Gebieten Biomasse und Brennstoffzellen. Zum Entwicklungsstand der erneuerbaren Energien und der wirtschaftlichen Kompetenz verspricht die Ministerpräsidentin umfangreiche Informationen und Kontakte.

Für den Gesundheitssektor machte der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Uldis Likops, besonders deutlich, dass die Medizinversorgung der Bevölkerung stark reformbedürftig sei. Vor diesem Hintergrund ist im Jahr 2003 auch ein eigenständiges Gesundheitsministerium aus dem Wohlfahrtsministerium herausgelöst worden. In der Versorgung der Bevölkerung ist das seinerzeitige Vorkriegsniveau, durch strukturelle und finanzielle Probleme bedingt, noch immer nicht wieder erreicht.

Deshalb ist die lettische Regierung für jede Art der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, Unterstützung bei der Modernisierung einerseits und Abbau von Überkapazitäten andererseits, dankbar und begrüßt ausdrücklich die in Riga zeitlich parallel stattfindende Veranstaltung zur Begegnung von Vertretern der schleswig-holsteinischen und der lettischen Gesundheitswirtschaft. Dabei zeigte Uldis Likops im Gespräch mit der Ministerpräsidentin großes Interesse an den in Schleswig-holsteinisch gemachten Erfahrungen beim Einsatz der Best Practice und der Benchmarking Strategien.

Staatssekretär Likops zeigt großes Interesse an der von der Landesregierung für den 29. Oktober 2004 geplanten Veranstaltung „Best Practice Gesundheit in der Ostseeregion“.

### III. Vilnius

Der letzte Besuch der Ministerpräsidentin Simonis in Litauen liegt vier Jahre zurück. Im Jahr 2000 eröffnete Frau Simonis in Begleitung des Bundeskanzlers in Vilnius das dortige Schleswig-Holstein Büro. Inzwischen können die Beziehungen zwischen Litauen und Schleswig-Holstein auf vielfältige Kontakte zwischen beiden Ländern aufbauen, die auch durch regelmäßige Schiffsverbindungen und Städtepartnerschaften unterstützt werden.

In den politischen Gesprächen mit Premierminister Algirdas Brazauskas und Gesundheitsminister Juozas Olekas am 4. Juni in Vilnius standen die Themen Europapolitik, Schiffssicherheit, maritime Wirtschaft sowie Gesundheitspolitik im Mittelpunkt.

Premierminister Brazauskas zollt der festen Position Bundeskanzler Schröders bei den Verhandlungen um eine Europäische Verfassung besonderen Respekt, wobei das vorherige interne Ausbalancieren der deutschen Position zwischen den Ländern ein nachträgliches Referendum in Deutschland aus seiner Sicht überflüssig mache.

Insgesamt betonen beide Seiten die gewachsene Bedeutung des Nordens von Europa durch die vollzogenen Beitritte. Nordeuropäische Politikansätze gewinnen dadurch mehr Gewicht in der Europäischen Union. Bezug nehmend auf notwendige gemeinsame Anstrengungen zu mehr Schiffssicherheit auf der Ostsee, was die litauische Regierung ausdrücklich unterstützt, verweist Brazauskas auf ein gemeinsames Schreiben der sechs nordischen Regierungschefs (drei Skandinavier, drei Balten) an die aktuelle irische EU-Ratspräsidentschaft, in dem auf die zunehmenden Gefahren stark wachsender Ostseeverkehre, insbesondere das Gefährdungspotenzial von rasant steigenden Transporten russischen Öls, hingewiesen wurde.

Auch deshalb unterstützt Litauen die schleswig-holsteinische Idee einer gemeinsamen Initiative für eine koordinierte europäische Meerespolitik, die Richtung Brüssel auf den Weg gebracht werden soll. Der Umweltschutz hat generell für Litauen hohe Priorität, u. a. auch weil Litauen mit Belarus, der Ukraine und Russland über Flüsse, die stark belastet sind, verbunden ist.

Im Gespräch mit Gesundheitsminister Juozas Olekas wird deutlich, dass ein zentrales Problem des litauischen Gesundheitswesens in der über Jahrzehnte aufgebauten Bettenüberkapazität liegt, die Hälfte der Krankenhäuser steht leer. So wird es in Vilnius von ursprünglich 26 Krankenhäusern demnächst nur noch ein Zentralkrankenhaus geben.

Die Regierung erwartet durch die Schließung von Häusern künftig einen besseren Einsatz der zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Denn Litauen hat keinen Mangel an Fachärzten, aber es fehlt an notwendigem Kapital zur Modernisierung. Auch deshalb wird von Gesundheitsminister Olekas die am gleichen Tag in Vilnius stattfindende Veranstaltung zur Unternehmerbegegnung der schleswig-holsteinischen mit der litauischen Gesundheitswirtschaft ausdrücklich begrüßt.

Minister Olekas macht deutlich, dass die seit 1993 stetig zunehmenden Tbc Erkrankungen mittlerweile durch verstärkte Aufklärungsaktionen, insbesondere bei Kindern, hinsichtlich verbesserter Hygiene und Pflege eingedämmt werden.

Der Drogenkonsum und einhergehende HIV-Erkrankungen dagegen sind ein großes Problem, das lange Zeit nicht richtig eingeschätzt wurde. Diese Problematik verlagert sich auf immer jüngere Bevölkerungsschichten. Litauen versucht massiv die Drogeneinfuhr zu verhindern, zumal die Probleme in Belarus und Kaliningrad noch viel größer sind und dort zum Teil negiert werden. Im September wird Litauen mit Unterstützung der EU eine größere Fachtagung zu dieser Thematik durchführen.

#### **IV. Bewertung**

Die Reise war ein großer Erfolg.

1. Ministerpräsidentin Heide Simonis stieß mit ihren Vorschlägen zur Verbesserung der Schiffssicherheit auf der Ostsee auf große Zustimmung bei den Ministerpräsidenten Estlands, Lettlands und Litauens. Die Regierungschefs aller drei Staaten würdigten die vorgelegten 14 Kieler Vorschläge als eine geeignete Grundlage für weitere Arbeiten und Maßnahmen. Für ihre Forderung, das Thema Schiffssicherheit zu einem Schwerpunkt des Ostseegipfels am 21. Juni im estnischen Laulasmaa zu machen, erhielt die Ministerpräsidentin große Unterstützung.
2. Auch das Plädoyer der Ministerpräsidentin für eine koordinierte europäische Meerespolitik der Europäischen Union fand in den Gesprächen große Resonanz. Die Regierungsmitglieder in den drei besuchten Staaten erklärten ihre Bereitschaft, an der Formulierung einer maritimen Strategie mitzuarbeiten und deren Einbringung in die Politik der Europäischen Union nach allen Kräften zu unterstützen.

3. Die Gespräche der Ministerpräsidentin zeigten ein hohes Maß an Übereinstimmung und politischer Unterstützung für die schleswig-holsteinische Ostsee- und Europapolitik und gaben der Ostseekooperation neue Anstöße. Auch die Ergebnisse im Schwerpunktbereich der Delegationsreise, der Gesundheitswirtschaft, sind als voller Erfolg zu werten.

Schleswig Holstein konnte sich als attraktiver und innovativer Standort für Gesundheitswirtschaft und Gesundheitswesen präsentieren. Die Unternehmerbegegnungen haben gute Ansatzpunkte und Kontakte erbracht. Die Delegation war von der Aufbruchstimmung in den baltischen Staaten sehr beeindruckt. Die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen, die Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren in den baltischen Staaten aufgebaut hat, können sich jetzt zu sehr konkreten wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen lassen. Das ist eine ausgezeichnete Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunft in der Ostseeregion.

Alle drei besuchten Regierungen haben das Engagement der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft, sich in drei Tagen in drei Ländern zu präsentieren und Zusammenarbeit anzubieten, ausdrücklich gewürdigt. Dabei hat sich aus schleswig-holsteinischer Perspektive insbesondere die enge und sehr gute Kooperation mit der WSH und der schleswig-holsteinischen Kammervereinigung sowie der Deutsch-Baltischen Außenhandelskammer als sehr lohnend und sinnvoll erwiesen. Die mitgereisten Unternehmer und Vertreter von Kammern und Institutionen haben sich ohne Einschränkungen sehr positiv zum Konzept, dem Verlauf und den Ergebnissen, die die Unternehmer für sich mitnehmen konnten, geäußert. Dies findet auch darin seinen Niederschlag, dass aus dem Unternehmerkreis bereits ein Anslusstreffen der Gesamtdelegation in Schleswig-Holstein initiiert wurde, um die aufgebauten Kontakte zu pflegen und zu intensivieren.

Die Tatsache, dass Schleswig-Holstein unter anderem in den drei baltischen Staaten eigene Büros in enger Verbindung mit Kammern und Wirtschaft unterhält, hat maßgeblich zum Gesamterfolg der Reise beigetragen. Die drei Büros in Tallinn, Riga und Vilnius waren eng in die Vorbereitung, Durchführung und Begleitung sowohl der politischen als auch der gesundheitswirtschaftlichen Termine der Delegationsreise eingebunden und haben sehr gute Arbeit geleistet.

Die Schleswig-Holstein-Büros und die Deutsch-Baltische Handelskammer wer-

den die Präsentationen und Begegnungen nachbereiten und den Unternehmen bei weiteren Gesprächen und Kontakten helfen.

#### Anlagen

- Pressespiegel
- Programm der Delegationsreise
- Medical Technology in Schleswig-Holstein
- Maritime Safety Proposals Baltic 2004